

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Niklas Schrader und Anne Helm (LINKE)

vom 27. Mai 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Mai 2020)

zum Thema:

Versand von Drohbriefen an Orte und Personen der linken Szene durch einen Angehörigen der Berliner Polizei (IV)

und **Antwort** vom 11. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Jun. 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE) und Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23 596

vom 27. Mai 2020

über Versand von Drohbriefen an Orte und Personen der linken Szene durch einen Angehörigen der Berliner Polizei (IV)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele der betroffenen Personen, von denen der Polizeibeamte K. im Dezember 2017 rechtswidrig personenbezogene Daten im Rahmen der Versendung von Drohbriefen an vermeintliche Linke sowie der Erstellung einer Präsentation mit dem Titel „Nervensägen“ verwendet hat, finden sich ebenfalls in den damaligen Auflistungen von Namen politischer Gegner*innen der beiden extrem rechten Internetseiten „Nationaler Widerstand Berlin“ und „Chronik Berlin“ ?

Zu 1.:

Auf Grund der zur Erfüllung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angeordneten Aussetzung der Aktenvernichtung bzw. Datenlöschung mit Bezug zum Rechtsextremismus (Löschmoratorium) liegen die Daten zu „Nationaler Widerstand Berlin“ und „Chronik Berlin“ zwar noch vor, ein Abgleich im Sinne der Fragestellung wäre angesichts der Zweckbindung jedoch nicht zulässig.

- a. Welchen Anhaltspunkten ist die Berliner Polizei mit welchen jeweiligen Ergebnissen nachgegangen, die auf einen tatsächlichen Austausch personenbezogener Daten zwischen der Datensammlung des Polizisten K. und den Gegner*innenlisten von „Nationaler Widerstand Berlin“ der Betreiberin der unter 1. genannten Seiten schließen lassen?
- b. Welchen Anhaltspunkten ist die Berliner Polizei mit welchen jeweiligen Ergebnissen nachgegangen, die auf mögliche personelle Beziehungen, Kennverhältnisse etc. zwischen dem Polizisten K. und seinem Umfeld sowie Angehörigen des Netzwerks „Nationaler Widerstand Berlin“ schließen lassen?

Zu 1a. und 1b.:

Die Polizei ist keinen Anhaltspunkten im Sinne der Fragestellungen nachgegangen.

2. Wie viele Namen der betroffenen Personen der rechtswidrigen Datensammlung des Polizeibeamten K. finden sich auch auf Datenträgern oder sonstigen Zusammenstellungen, die bei Tatverdächtigen der extrem rechten Neuköllner Anschlagsserie gefunden wurden und Namen politischer Gegner*innen enthielten?

Zu 2.:

Es wurden fünf Namen im Sinne der Fragestellung festgestellt.

- a. Welchen Anhaltspunkten sind Berliner Sicherheitsbehörden seit Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Drs. 18/19822 mit welchen jeweiligen Ergebnissen nachgegangen, die auf einen tatsächlichen Austausch personenbezogener Daten zwischen dem Polizisten K. und Tatverdächtigen der Neuköllner Anschlagsserie schließen lassen?
- b. Welchen Anhaltspunkten ist die Berliner Polizei seit Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Drs. 18/19822 mit welchen jeweiligen Ergebnissen nachgegangen, die auf mögliche personelle Beziehungen, Kennverhältnisse etc. zwischen dem Polizisten K. und seinem Umfeld sowie Tatverdächtigen der Neuköllner Anschlagsserie schließen lassen?
3. Welche genauen Anhaltspunkte sind dem Senat darüber hinaus bekannt, dass personenbezogene Daten aus der unter 1. genannten rechtswidrigen Datensammlung des Polizisten K. für die Erstellung von Feindeslisten oder anderen Dokumenten wie ortsbezogene Skizzen in Bezug auf die extrem rechte Anschlagsserie in Neukölln verwendet wurden?

Zu 2a., 2b. und 3.:

Im Rahmen der Ermittlungshandlungen wurden keine Anhaltspunkte im Sinne der Fragestellungen bekannt.

4. Welche möglichen neu gewonnenen Erkenntnisse liegen dem Senat seit Beantwortung unserer Schriftlichen Anfrage vom 4. Juni 2019 (Drs. 18/19822) darüber vor,
 - a. auf welche Weise der Polizeibeamte K. insbesondere an jene personenbezogenen Daten und Informationen über die Betroffenen gelangen konnte, die in der Zeit nach Ende seiner Beschäftigung im polizeilichen Staatsschutz im Jahr 2015 entstanden sind?
 - b. wer neben dem Polizeibeamten K. Mitautor*in der Präsentation gewesen sein könnte?

Zu 4., 4a. und 4b.:

Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor. Das Strafverfahren ist rechtskräftig abgeschlossen.

5. Von wie vielen Personen, die von der rechtswidrigen Datensammlung des Polizeibeamten K. betroffen sind, sind personenbezogene Daten auch auf der Seite der extrem rechten Online-Enzyklopädie „Metapedia“ in den Kategorien „Denunzierungsphotograf“ oder „Selbsthassender Deutscher“ gelistet?

Zu 5.:

Es wurden keine Personen im Sinne der Fragestellung festgestellt.

- a. Welchen Anhaltspunkten ist die Berliner Polizei mit welchen jeweiligen Ergebnissen nachgegangen, die auf einen tatsächlichen Austausch personenbezogener Daten zwischen der Datensammlung des Polizisten K. und der Liste mit Namen politischer Gegner*innen in diesen Online-Enzyklopädien schließen lassen?
- b. Welchen Anhaltspunkten ist die Berliner Polizei mit welchen jeweiligen Ergebnissen nachgegangen, die auf mögliche personelle Beziehungen, Kennverhältnisse etc. zwischen dem Polizisten K. und seinem Umfeld sowie den Betreibern dieser extrem rechten Webseiten schließen lassen?

Zu 5a. und 5b.:

Im Rahmen der Ermittlungshandlungen wurden keine Anhaltspunkte im Sinne der Fragestellungen bekannt.

6. Wann und auf welche Weise wurden wie viele der über 20 Personen, zu denen personenbezogene Daten in der Präsentation auf einem USB-Stick des Polizeibeamten K. gefunden wurden, über den Umstand dieser rechtswidrigen Speicherung benachrichtigt?
7. Aus welchen genauen Gründen wurde gegebenenfalls bei wie vielen Personen von einer Benachrichtigung über den Umstand der rechtswidrigen Speicherung jeweils abgesehen?

Zu 6. und 7.:

Eine Benachrichtigung im Sinne der Fragestellung erfolgte nicht. Ob die beteiligten Behörden angesichts des Strafermittlungsverfahrens hierzu berechtigt oder verpflichtet gewesen wären, wird derzeit geprüft.

8. Welche Maßnahmen hat die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Drs. 18/19822 zu dem hier gegenständlichen Vorgang des Missbrauchs von polizeilichen Datenbanken ergriffen und welche Schritte verfolgt sie diesbezüglich gegebenenfalls noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Zu 8.:

Nachdem die BlnBDI zur Klärung offener datenschutzrechtlicher Fragen weitere schriftliche Stellungnahmen der Polizei und Protokolldaten der polizeilichen Datenbank POLIKS in dem für die Tat relevanten Zeitraum angefordert hat, hat sie diese ausgewertet. Insgesamt war hierbei festzustellen, dass durch die Polizei nicht eindeutig aufgeklärt werden konnte, wie der Verfasser des Drohbriefes an die personenbezogenen Daten der Betroffenen gelangt ist. Problematisch war in diesem Zusammenhang, dass die dienstliche Begründung bzw. der Zweck von Abfragen im POLIKS im Nachhinein nicht mehr nachvollzogen werden konnte, da als Abfragegrund oftmals nur unspezifische Bezeichnungen angegeben wurden. Zu welchem konkreten Zweck die betreffenden Datensätze abgerufen wurden, war nicht ersichtlich. Insbesondere diese Schwierigkeiten bei der Prüfung des Falls haben die BlnBDI dazu veranlasst, eine übergeordnete Prüfung der Nutzung der polizeilichen Datenbank POLIKS durchzuführen. Diese Kontrolle führte letztendlich zu einer Beanstandung gemäß § 13 Abs. 2 BlnDSG. Die BlnBDI informiert in ihrem Jahresbericht 2019 ausführlich über den Fall der „Drohbriefe“ und die POLIKS-Prüfung (vgl. JB BlnBDI 2019, S. 61 ff.)

9. Medienberichten zufolge schließt die Präsentation des Polizeibeamten K. mit dem Titel „Nervensägen“ mit einer mit Sturmhaube verummten Person ab, die auf den Betrachter zeigt, sowie dem Text „Und immer dran denken: NICHT ERWISCHEN LASSEN“. Welche Erkenntnisse hat der Senat vor diesem Hintergrund über einen konkreten Adressat*innenkreis oder einen Personenkreis, mit dem diese Präsentation mit den personenbezogenen Daten rechtswidrig geteilt worden sein könnte?

Zu 9.:

Es liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

10. In der Antwort auf Frage 3 der Schriftlichen Anfrage Drs. 18/19822 gibt der Senat an, die Ermittlungen hätten „keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Beschuldigte die Daten mit anderen Personen geteilt oder öffentlich zugänglich gemacht haben könnte“. Aus welchen konkreten Gründen wurden die unter 9 genannten Folien am Ende der Präsentation nicht als derartige Anhaltspunkte gewertet?

Zu 10.:

Im Rahmen der Ermittlungen haben sich keine weitergehenden Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Präsentation verwendet wurde, sodass auch kein Rückschluss aus den betreffenden Folien möglich ist.

11. Medienberichten zufolge hat ein offen rechter Angehöriger der Polizei in Greifswald seinen Zugang zu einer Polizeidatenbank genutzt, um an personenbezogene Daten zu gelangen; welche Kenntnisse hat der Senat über eine mögliche Verbindung zwischen dem Greifswalder Polizisten und dem Berliner Polizisten Herrn K., der Ende 2017 Drohbriefe an Angehörige der „linken Szene“ versandt hat?
12. Welche Kenntnisse hat der Senat über eine etwaige unbefugte Weitergabe von personenbezogenen Daten durch den Greifswalder Polizisten an Angehörige der Berliner Polizei?

Zu 11. und 12.:

Es liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor.

13. Wie viele Disziplinarverfahren gegen Polizeidienstkräfte wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Berliner Datenschutzgesetz wurden jeweils in den Jahren seit 2018 geführt? (Bitte wie in Drs. 18/16854 auflisten.)

Zu 13.:

Die Anzahl der eingeleiteten Disziplinarverfahren ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Eingeleitete Disziplinarverfahren 2018 - 2019	2018	2019	Gesamt
Verstoß gegen das Datenschutzgesetz	10	4	14

Zahlen für das Jahr 2020 liegen noch nicht vor.

14. Wie viele dieser unter 13. genannten Disziplinarverfahren hatten oder haben jeweils mutmaßlich
a. eine unbefugte Weitergabe personenbezogener Daten aus Polizeidatenbanken und
b. eine Speicherung in rechtswidrig angelegten Datenbanken zum Gegenstand? (Bitte jeweils auflisten.)

Zu 14., 14a. und 14b.:

Die Polizei Berlin erhebt keine Statistik im Sinne der Fragestellungen.

Berlin, den 11. Juni 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport